

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.30 Uhr
Ende: 13.35 Uhr

1) Kosten der Bezirks- und Stadtteilbetreuung

GR. Mag. **Moser** stellt an StR.ⁱⁿ Kahr folgende Frage:

GR. Mag. **Moser**: Werte Damen und Herren auf der Galerie, hoher Gemeinderat, werte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich begrüße Sie auch recht herzlich und komme zur Frage an die Frau Stadträtin Kahr. Es geht um die Kosten der Bezirks- und Stadtteilbetreuung. Sehr geehrte Frau Stadträtin! Wie die jüngsten Beispiele zeigen, halten sich die tatsächlichen Erfolge der Bezirks- und Stadtteilbetreuung in engen Grenzen. Vor allem am Beispiel der Stadtteilbetreuung „Eggenlend“ zeigen sich leider aus Sicht der betroffenen Bevölkerung die Schwächen gravierend. Ich gehe kurz auf die Vorgänge zu meiner damaligen Anfrage, 16. Oktober 2014, auch ein, dort haben Sie aufgrund des Drucks der Bevölkerung richtig reagiert und die Stadtteilbetreuung sozusagen eingestellt. Das ist dort sehr gut angekommen, die Bewohner haben das befürwortet, auch sogar die dort wohnende KPÖ-Bezirksrätin Eva-Maria Fischer hat das sehr begrüßt und hat auch mitgeteilt in der öffentlichen Bezirksversammlung, dass Altmieten und Mieter mit Migrationshintergrund seitdem sehr gut miteinander können. Aufgrund dieser Vorkommnisse fragen die Bürger natürlich auch, was hat das eigentlich gekostet, was hier nicht funktioniert hat. Und im Übrigen ist es dort auch so, dass es ein Stadtteilbüro gibt, das vier Stunden besetzt ist in der Woche, wo eigentlich aus Sicht der Bevölkerung zu wenig oder wenig Betrieb herrscht.

Ich stelle daher an Sie oder ich richte daher an Sie, Frau Stadträtin, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

F r a g e :

Wie hoch belaufen sich die Kosten im Bereich der Bezirks- und Stadtteilbetreuung in Graz und im Besonderen in „Eggenlend“ (*Applaus FPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich nehme an, dass Sie mit den Kosten die Höhe der Subventionen für den Bereich der Siedlungsbetreuung beziehungsweise der Stadtteilarbeit meinen, weil die Kosten sind was anderes als die Subvention. Aufgrund ihrer Frage, wie hoch diese Subvention im letzten Jahr war, weil nur die kann ich nennen, hier haben die vom Stadtsenat genehmigten Subventionen insgesamt 269.000 Euro betragen. Ich kann Ihnen, wenn Sie möchten, auch aufzählen, für welche Einrichtungen: Das war, das war für das Stadtteilzentrum Triester, das war für das Nachbarschaftszentrum St. Peter, für die Stadtteilarbeit Eggenlend, für das Grazer Büro für Frieden und Entwicklung, für die Nachbarschaftskonflikt-Hotline, für das Friedensbüro, für die Wohneinbegleitung, für das Stadtteilzentrum Schönau, für das Stadtteilzentrum Grünanger, für das Büro der Nachbarschaften Stadtlabor, für die Stadtteilarbeit Denggenhof und für das Friedensbüro für die Stadtteilkoordination. 2014 umfasst diese Summe 269.000 und das wurde so auch vom Stadtsenat genehmigt. Für 2015 können noch keine Beträge genannt werden, weil die fehlenden Jahresabrechnungen, weil einfach noch Jahresabrechnungen vom Vorjahr fehlen und Subventionen zwar beantragt worden sind, diese aber noch nicht genehmigt wurden. Ganz konkret zur Stadtteilarbeit Eggenlend. Wie das Wort schon sagt, umfasst ja die Betreuung oder die Arbeit nicht nur die Algersdorfer Straße, die Sie genannt haben, sondern die Stadtteilarbeit und Stadtteilzentrum Eggenlend ist für diesen Stadtteil insgesamt dort zuständig. Die haben bei uns erstes Mal 2014 um eine Subvention angesucht, auch eine erhalten in Höhe von 25.000 Euro, damit musste auch das Auslangen gefunden werden, obwohl die Kosten bei 47.000 Euro sind. Für 2015 haben

sie jetzt wieder um eine Subvention angesucht, wenn die Abrechnung erfolgt ist und auch entsprechend geprüft wird, wird wieder mit 25.000 Euro das Auslangen gefunden werden müssen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Moser**: Es gibt nicht nur in Eggenberg Probleme, sondern auch in anderen Bereichen und so sind Bewohner aus der Augasse 114 zu mir gekommen und haben dort ihr Leid geklagt. Dort hat sich dann jetzt eine Bürgerinitiative gegründet, die mit der Betreuung dort nicht einverstanden ist und die Obfrau dieser Bürgerinitiative „Rettet die Aussiedlung“ ist auch hier auf der Galerie, es ist die Frau Monika Fuchs und ich begrüße sie auch recht herzlich (*Applaus FPÖ*) und hat uns dort die Vorfälle geschildert. Es geht, um es kurz zuzusagen, im ehemaligen Schlecker-Markt, dort hat eine Religionsgemeinschaft die Räumlichkeiten gemietet und da kommt es zu sehr starken Problemen zwischen dieser Religionsgemeinschaft und der Bevölkerung dort aufgrund von Lärmbelästigungen und die Bevölkerung wehrt sich jetzt, es wird seit ungefähr zwei Monaten genauestens dokumentiert, welche Vorfälle es gibt, es werden Anzeigen an die Polizei gerichtet und es sind weitere Behörden bereits tätig. Sehr laut ist dort vor allem die Musik und die Trommeln usw. Aus unserer Sicht scheint dieses Gebäude auf keinen Fall für diese Religionsausübung in dieser Art geeignet zu sein. Man müsste hier gravierende Investitionen tätigen, Doppeltüren und vieles mehr usw.

Zwischenruf: Frage.

GR. Mag. **Moser**: Die Frage kommt schon. Meine Frage an Sie ist jetzt, nachdem auch hier die Stadtteilbetreuung überfordert ist und nicht ausreichend tätig war: Werden Sie die Stadtteilbetreuung insgesamt in der Stadt Graz verbessern und evaluieren (*Applaus FPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Moser! Jetzt haben Sie da zwei Sachen vermischt. Es gibt in Gösting leider, das sage ich jetzt, kein Stadtteilzentrum. Wir haben diese Zentren, die ich Ihnen gerade vorhin genannt habe, die sind in Gries, in Jakomini, in Liebenau, in Eggenberg und in Lend gibt es was, in Gösting haben wir so etwas nicht. In dem konkreten Problem, was Sie da meinen, was mir ja nicht fremd ist, weil bevor es die Bürgerinitiative gegeben hat, wie diese Einrichtung dort in dem ehemaligen Objekt vom Schlecker eingezogen ist, waren am darauffolgenden Tag schon Bewohner dort. Mir ist das nicht fremd, aber das ist ein Privatgrundstück, das ist leider kein öffentliches Objekt, weil da hätte die Stadt ja eine Einflussmöglichkeit, an wen sie das vermietet beziehungsweise an welche Einrichtung, weil das Problem ist ja dort vielmehr, egal welcher Verein oder welche Initiative dort das übernimmt, es ist mitten in einem Wohngebiet und die Bewohner haben dort zu Recht große Sorge, wenn dort Veranstaltungen stattfinden, dass sich dann die Teilnehmenden oder die dort hinkommen, die Parkplätze blockieren, sie nicht auf die Grünanlagen, also viele, viele Probleme entstehen und da haben die Bewohner vollkommen Recht, wenn sie sich wehren und sozusagen das alles mitnotieren. Das habe ich auch vielen gesagt. Aber die rechtliche Prüfung, und das habe ich auch Ihrem Stadtratskollegen Eustacchio gesagt, weil das ist eine Bau- und Anlagenbehörden-Sache, das muss geprüft werden und die müssen Auflagen erfüllen. Erfüllen sie diese Auflagen, dann ist es rechtlich fast kaum möglich, das zu verhindern und erfüllen sie es nicht, dann wird das eh nicht bewilligt und genehmigt und genau das ist der Status, weil da sind wir fast wöchentlich mit der Bau- und Anlagenbehörde auch in Kontakt und erkundigen uns, wie da die weitere

Vorgehensweise ist. Also ich sehe das Problem ganz gleich wie die Bewohner, das ist aber mit einer Stadtteilarbeit, vor allem, wenn vor Ort gar keine ist, das kann man nur bestenfalls über das Friedensbüro lösen über die Siedlungsbetreuung, das könnte man machen, aber das eigentliche Problem ist dort ein ganz anderes: Ob diese Siedlung dort, diese Wohnsiedlung, einen Verein dort verträgt, der bestimmte Ziele, also Art der Veranstaltungen durchführt, das ist das eigentliche Problem dort (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, ich glaube, es wäre, ich weiß nicht, ob schon Kontaktaufnahme einmal gegeben hat, wie die Frau Stadträtin das jetzt gerade gesagt hat, mit unseren Damen vom Friedensbüro, weil die auch ganz konkret versuchen, einmal einzuwirken, das ist das eine. Das Zweite ist, dass es mit dem Hausherrn, ich weiß jetzt nicht, wer Hausherr ist, ÖWG, einmal ein Gespräch geben kann, dass das vielleicht ungeeignet ist, Verwendungszweck plus die Siedlungswünsche, die da sind, sodass man vielleicht auch einen anderen Platz wieder sucht. Also auch mit dem Eigentümer da noch einmal zu sprechen, ich glaube, das wäre ganz, ganz wichtig, wenn man dort eine Befriedung haben will (*Applaus ÖVP*).

2) Notschlafstelle für ArmutsmigrantInnen - Betreuung der Kinder

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Grüß Gott, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, ganz besonders ein Grüß Gott an die Stadtregierung, an die Glocke auch der Stadtregierung, weil ich weiß nicht, ob es Ihnen, Herr Bürgermeister, auch so laut vorkommt herinnen, mir schon. Werte KollegInnen, Mitarbeiterinnen der Abteilungen,

Mitarbeiter, Grüß Gott. Meine Frage geht heute bezüglich Kinderbetreuung in der Notschlafstelle an die Jugend- und Sozialstadträtin Martina Schröck. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Martina! Die Armutsmigration betrifft zunehmend Kinder, die mit ihren Familien der Armut ihrer Herkunftsländer zu entfliehen versuchen, auch in Graz ist uns das nicht entgangen und ich empfinde es als sehr positiv, dass im Vergleich zum Jahr 2013/2014, wo die Kinder über den Tag auch mit den Eltern unterwegs sein mussten, es heuer gelungen ist, eine Winterschlafeinrichtung, ein Winterschlafnotquartier mit der Caritas zu eröffnen, das auch über den Tag geöffnet ist, also wo es auch möglich ist, eben sich am Tag dort aufzuhalten. Dieses wurde am 1. Dezember geöffnet, hat 28 Personen Unterkunft geboten, wird bedauerlicherweise mit 15. April geschlossen werden, weil wir leider noch immer sehr weit davon entfernt sind, wie in anderen Städten, beispielsweise Salzburg, ein Ganzjahres-Notschlafquartier aufzumachen. Es ist aber auch so, dass es dort eben heuer auch viele Kinder gegeben hat wieder und die Frage, wäre für mich jetzt gewesen, ich habe sie dann abgeändert, weil deine Zuständigkeit, die eine eingeschränkte ist, welche Betreuungsmaßnahmen für Kinder waren im Rahmen der Notschlafstelle für ArmutsmigrantInnen vorgesehen (*Applaus Grüne*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Astrid! Die Caritas betreibt die Winternotschlafstelle in der Keplerstraße und für dieses Projekt hat es eine Subvention des Sozialamtes gegeben. Zu rund 50 % werden die Kosten für die Notschlafstelle von der Caritas selber getragen, die Subvention des Sozialamtes macht rund 35 % der Kosten aus, die restlichen 15 % werden vom Land Steiermark bereitgestellt. Im Subventionsansuchen der Caritas ist definiert, dass die Winternotschlafstelle in den kalten Monaten Einzelpersonen und Familien mit Kindern davor bewahren soll, im Freien zu übernachten. Sie bieten einen Schlafplatz für notleidende Menschen, einen Tagesbetrieb und einen Tagesaufenthalt. In der Früh

und am Abend gibt es Tee und Brot und Gebäck und während des Tages gibt es für Familien die Möglichkeit, sich in den Räumlichkeiten aufzuhalten und die Infrastruktur dort vor Ort auch zu nutzen. Zum Beispiel eben die Küche, aber auch die Sanitäranlagen und auch den Aufenthaltsraum. Für die Betreuung von Kindern sind in erster Linie natürlich deren Eltern zuständig, auch in einer Notschlafstelle. Ob die Caritas darüber hinaus wegen Kindergartenplätzen oder Tageseltern mit dem zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner Kontakt aufgenommen hat, ist mir nicht bekannt und das müsstest du direkt den Kollegen zu meiner linken Seite fragen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Dass du als Jugendstadträtin Kinder- und Jugendhilfe definierst im Bereich ArmutsmigrantInnen und deren Kinder in einer Zuständigkeit nur hinsichtlich Kindsabnahme, bei Kindeswohlgefährdung, ist so, das habe ich zur Kenntnis genommen und wurde mir auch über die Medien von dir so ausgerichtet. Mir geht es nicht um Kindeswohlgefährdung und nicht um Kindsabnahme, mir geht es darum, dass Kinder in dieser Stadt sind, denen ich eine Perspektive geben möchte. Jetzt frage ich deswegen heute, als Sozialstadträtin bist du mit diesem Zustand, dass Kinder in dieser Stadt unbetreut ein halbes Jahr unterwegs sein müssen ohne über Vernetzungen mit, egal ob mit Kurt Hohensinner oder mit anderen Einrichtungen, wie sie auch dir über den Sozialraum zur Verfügung stehen, in Kontakt gebracht zu werden, bist du damit einverstanden oder möchtest du dich als Sozialstadträtin in Zukunft vielleicht dafür stärker einsetzen hier eine Veränderung herbeizuführen? Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Liebe Astrid, ich verstehe deine Vorwürfe und deine Zusatzfrage ehrlich gesagt nicht, ich weiß nicht, welche Kinder allein unterwegs sind den ganzen Tag, bitte bringe mir die Fälle; und was der Bereich der Jugendwohlfahrt

ist, habe ich schon mehrfach definiert und für mich macht es keinen Unterschied, ob wir von armen oder reichen Leuten reden. Wir schauen auf das Kindeswohl und das Kindeswohl ist bei finanzschwachen Familien nicht automatisch gefährdeter als bei wohlhabenden Familien, das bitte auch einmal zur Kenntnis zu nehmen (*Applaus SPÖ*).

3) Umsetzung geforderter Verkehrsprojekte

GR. **Haberler**, MBA stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Haberler**, MBA: Geschätzter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer! Es geht um die Umsetzung geforderter Verkehrsprojekte, welche die FPÖ gefordert hat und jetzt ist sie in der Zuständigkeit der FPÖ. In der vergangenen Gemeinderatsperiode hat der Verkehrssprecher der FPÖ-Fraktion, der Herr Ing. Lohr, am 23.4.2009 einen Antrag zur Verkürzung der Geltungsdauer der Grünen Zonen gestellt auf 17.00 Uhr. Begründet wurde dieses Ansinnen durch die Stärkung der kleinen und mittleren Geschäfte, die meist keine eigenen Parkplätze anbieten können. Zudem sei die Überwachung von leeren Parkplätzen abends nicht kostendeckend, weshalb sie früher beendet werden könne und so der Stadt Graz helfe, Ausgaben zu sparen.

Deshalb stelle ich an Sie, Herr Stadtrat Eustacchio, folgende

Frage :

Welcher programmatische Wandel hat Sie dazu bewogen, diesen Antrag von Ihnen 2009 von Herrn Lohr, nun unter der Verantwortung Sie als zuständiger Stadtrat, nicht mehr zu diskutieren oder gar umzusetzen?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Keiner, kein Wandel (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler**: Das ist ja eine ganz tolle Beantwortung dieser Frage, die passt allzu gut in das ganze Bild, denn dann werde ich einfach jetzt, sage ich einmal, so die Liste der ungelösten Aufgaben aufführen, weil es gibt keine Behebung des Parkplatzraumes durch Sperrflächen in Geidorf, obwohl Sie Lisa Rücker dafür kritisiert haben. Die Parkplatzsituation in der Innenstadt ist nicht wirklich gelöst worden, durch die Aufhebung in der Kaiserfeldgasse, Bischofplatz usw. ist die Parkplatzsituation für die Anrainer unerträglich geworden. Das Leitsystem funktioniert bei Regen nicht und was mich persönlich sehr traurig stimmt ist, dass wir oder dass Sie versprochen haben im Ausschuss, das ist im Protokoll, dass in Mariagrün die Volksschule einen Zebrastreifen bekommt und dieser Zebrastreifen ist heute noch nicht gemacht, da gehen kleine Kinder, müssen über die Straße gehen und sind nicht geschützt durch einen Zebrastreifen, das ist eine Frechheit und das ist so durch die ganzen, sage ich einmal unter Anführungszeichen, die „ganzen“ Anfragen, da geht es um Herabsenkung der Reduzierung....

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Frage.

GR. **Haberler**: Frage? Es geht um die Reduzierung der Dauerparker in den Grünen Zonen für die Besitzer von Heimgärten, es ist eine Frage von Ihrer Fraktion gekommen auch 2009. Herr Stadtrat, wie ist es mit der Umsetzung und der Forderung und all den

anderen erwähnten Aufgaben, die nicht gelöst werden, versprochen worden sind, aber nicht passieren und umgesetzt werden, wie weit ist es da gediehen?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Viele dieser Maßnahmen werden umgesetzt, sind umgesetzt, sind in Planung. Wenn du konkrete Anfragen im Vorfeld hast, kriegst du auch konkrete Antworten. Heute bekommst du auf nicht konkrete Fragen, die du nicht im Vorfeld gestellt hast, auch keine konkreten Antworten (*Applaus FPÖ*).

4) Reduzierung der Mindestsicherung im Frauenhaus

GR. **Luttenberger** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Stadträtin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich hoffe, dass die Antwort bei meiner Frage ein bisschen länger ist, weil ansonsten müssten wir uns die Technik der Fragestellungen ein bisschen überlegen. Es geht bei meiner Anfrage um den Themenkomplex Frauenwohnhaus Graz, wobei ich sagen möchte, inspiriert hat mich für die Anfrage der Artikel in der Wochenzeitung Graz vor einer Woche und prinzipiell gibt es ja über die Arbeit des Frauenhauses Graz inhaltlich nichts zu sagen. Das ist eine wichtige Einrichtung, das ist eine gute Einrichtung, ich erinnere, Frauen, die häuslich sexueller Gewalt ausgesetzt sind, haben eine Möglichkeit, dorthin zu flüchten, ich nenne es einmal so, sich dort zu sammeln, meistens sind ja auch Kinder dabei und zu überlegen, wie es nach einigen Monaten weitergeht. Also an und für sich eine tolle Sache. Etwas Paralleles macht die Stadt selber, nämlich das Frauenwohnheim, der Unterschied liegt nur, und das hat mich bei den Recherchen dann doch überrascht, wenn es um die

bedarfsorientierte Mindestsicherung geht, die die meisten dieser Frauen, die sich dorthin begeben müssen, erhalten. Jetzt weiß ich oder wissen wir, dass, was das Frauenhaus Graz angeht, das Land Steiermark hier zuständig und verantwortlich ist, da gibt es ja ein ganzes Netzwerk Frauenhäuser Steiermark und Graz ist davon eines und auffällig war bei der Novellierung des Mindestsicherungsgesetzes, des steirischen, steht sinngemäß und de facto drinnen, dass in Wirklichkeit diesen Frauen ein Selbstbehalt von über 60 % einbehalten wird. Jetzt wissen wir, ich bin eh gleich fertig, jetzt wissen wir, dass das Frauenhaus Graz ein komplettes Angebot hat von Essen bis zu psychologischer und traumatherapeutischer Rahmenbehandlung, aber wie die Geschäftsführerin gesagt hat, das Problem ist, wenn die Frauen dann danach aus dem Frauenhaus aussteigen, haben sie wenig Geld, kaum Geld und auch über die Perspektiven wäre einiges zu diskutieren. Und ein positives Vorbild wäre das Frauenwohnheim Graz. Hier bekommen die Frauen 100 % der Mindestsicherung ausbezahlt, wenn sie mindestensicherungsberechtigt sind, und von diesen 100 % werden die Frauen angehalten, 25 % zu sparen und wenn die Frauen dann im Frauenwohnheim wohnversorgt sind, wird dieses Geld nicht abgezogen, sondern sie bekommen es als Sparbuch, als Startkapitalhilfe, sie können einen Teil der Kautionskosten oder überhaupt die Kosten bezahlen und haben ein bisschen Kapital zur Verfügung. Und so eine Lösung würde eine interessante sein und deswegen auch unsere Anfrage an dich:

Was gedenken Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, in Ihrer von der Stadt Graz übertragenen politischen Funktion in dieser Frage zu unternehmen? Werden Sie sich, sehr geehrte Frau Stadträtin, bei den zuständigen Stellen im Land Steiermark einsetzen, um beispielsweise zu ähnlichen Lösungen zu gelangen, wie es das Frauenwohnheim Graz praktiziert? Das war die Anfrage (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Kurt! Erst einmal danke für das viele Danke. Ich glaube, dass die Arbeit des Frauenhauses und auch des Frauenwohnheimes alle Anerkennung verdient haben, die wir ihnen geben können, beide Häuser arbeiten ganz hervorragend, und wie du gesagt hast, das Frauenhaus wird ja jetzt nicht nur räumlich umgestaltet, was wirklich schon dringend notwendig ist, sondern wir werden es auch inhaltlich konzeptionell umstellen. Nun zu deiner Frage. Es ist so, wie du gesagt hast, dass das besondere Modell in den städtischen Wohnheimen vor einiger Zeit eingeführt wurde, dass hier ein gewisser Anteil des Wohnkostenanteils angespart werden, was den Frauen in den Einrichtungen ermöglicht, dass sie, wenn sie aus der Einrichtung rausgehen, dann auch einen kleinen finanziellen Polster haben, um beispielsweise eine Kautionszahlung zu zahlen oder um eine Wohnung überhaupt einmal einrichten zu können. Dieses Programm oder dieses Projekt, dieses Modell haben wir ja auch hier im Gemeinderat besprochen und auch beschlossen. Bei den steirischen Frauenhäusern ist es ein anderer gesetzlicher Hintergrund. Das Frauenwohnheim ist eine freiwillige Leistung der Stadt Graz, das Frauenhaus ist landesgesetzlich geregelt und da gelten eigene gesetzliche Regelungen, nämlich das Steiermärkische Gewaltschutzeinrichtungsgesetz, das hier ja zum Greifen kommt und in diesem Gesetz ist auch festgehalten, dass ein Großteil des Lebensunterhaltes und des Wohnbedarfs der Frauen über dieses Gesetz abgedeckt ist. Also, wie du gesagt hast, Frauen im Frauenhaus haben eigentlich eine All-inclusive-Versorgung. Mit der Novelle zum Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetz ist jetzt festgelegt worden, dass Frauen und Kinder, die in einer Frauenschutzeinrichtung untergebracht sind, 37,5 % der Mindestsicherung zur Sicherung des Lebensunterhaltes bekommen, weil eben die Wohnversorgung und die Verpflegung geregelt ist über das Gesetz und auch bereitgestellt wird. Grundsätzlich ist es nicht ungewöhnlich und auch nicht sozial ungerecht, wenn für den Lebensunterhalt weniger an Mindestsicherung ausbezahlt wird, wenn gleichzeitig ein Großteil des Lebensunterhaltes eben über das Gewaltschutzeinrichtungsgesetz zur Verfügung gestellt wird. Für ein Modell nach dem Grazer Vorbild im Frauenwohnheim zur Schuldenabdeckung und auch zum Ansparen

für die Wohnversorgung danach werde ich mich sehr, sehr gerne bei den zuständigen Stellen einsetzen, wir haben aber ein Problem damit noch nicht gelöst, nämlich, das hast du auch angesprochen, die Frauen, die aus dem Frauenhaus ja nach einer gewissen Zeit raus müssen, die können ja nicht ewig drinnen bleiben, das ist ja auf sechs Monate begrenzt, die warten oft sehr, sehr lange auf eine Gemeindewohnung, warten sehr oft eine Wohnversorgung, die sie sich auch leisten können und das ist ein Problem, das wir schon seit Jahren haben in dieser Stadt, das auch immer angesprochen wird und das wir wirklich auch angehen müssen, da müssen wir uns dringend was überlegen und da bin ich natürlich auch gerne bereit, zusammen mit der zuständigen Wohnungsstadträtin Elke Kahr da mitzuhelfen, dass wir mehr Wohnungen für die Frauen aus dem Frauenhaus zur Verfügung stellen können (*Applaus SPÖ*).

GR. **Luttenberger**: Eine Verständnisfrage. Wenn ich dich jetzt richtig verstanden habe, wirst du dich beim Land einsetzen oder versuchen einzusetzen, um diese Frage der Höhe der Mindestsicherung anzudiskutieren. Denn das Problem ist ja, wie du selber sagst, was passiert mit den Frauen, wenn sie aus dem Frauenhaus raus müssen und da braucht man ein Geld (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Jein, richtig verstanden. Ich glaube, die Lösung liegt wirklich in dem Modell, wie wir es in Graz machen, dass nämlich ein Teil der Mindestsicherung angespart wird für spätere Wohnbedürfnisse. Das mit der Mindestsicherung ist grundsätzlich auch nichts Neues, das möchte ich nur dazusagen, wir haben in der Steiermark ja zwei Frauenhäuser, eines in der Obersteiermark, in Kapfenberg, da ist das immer schon so verrechnet worden, nur in Graz haben wir das anders verrechnet. Aber jetzt ist es mit der Novelle ganz eindeutig auch geregelt

worden und ich werde mich gerne dafür einsetzen, aber wie gesagt, es ist ein anderer Hintergrund, es ist ein gesetzlicher Hintergrund. In Graz tun wir uns leichter, da ist es eine freiwillige Leistung, da können wir die Regeln wesentlich einfacher bestimmen. Aber, mache ich gerne (*Applaus SPÖ*).

5) Verkehrssituation Rudersdorfer Straße

GR. **Grossmann** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Grossmann**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Bürgermeister, lieber Herr Stadtrat! Die Rudersdorfer Straße ist ja nicht das erste Mal Thema auch einer gemeinderätlichen Diskussion, nichtsdestotrotz hat sich die Situation zunehmend verschlechtert. Die Rudersdorfer Straße wird nicht nur als Ausweichstrecke für die Triester Straße verwendet, mit der Reduzierung auf eine 30er-Zone ist hier zwar eine leichte Entlastung eingetreten, aber das hat auch nicht wirklich zu einem wesentlichen verminderten Verkehrsaufkommen geführt, was also als Entlastungsstrecke dient, was aber zusätzlich jetzt in letzter Zeit sehr stark dazugekommen ist, ist eine enorme Belastung mit Schadstoffen und natürlich insbesondere auch mit Lärm durch die dort in der Rudersdorfer Straße besonders verkehrenden Lkws, die großen Lkw-Züge, die dort also die ansässigen Firmen in der Auer-Welsbach-Gasse anfahren und von dort wieder wegfahren. Das ist eine enorme Belastung geworden für die Anrainerinnen und für die Anrainer, auch die Einbahnregelung in der Gmeinstraße als solches wird von vielen ignoriert, wird nicht zur Kenntnis genommen und gerade die Anrainerinnen und Anrainer dort am Spitz Rudersdorfer Straße/Gmeinstraße sind von diesen Verkehrsbelastungen besonders betroffen. Wir wissen alle, dass Lärm insbesondere krank macht und dass es unsere gemeinsame Aufgabe ist, auch etwas dagegen zu tun.

Deshalb erlaube ich mir an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage

zu stellen: Welche Maßnahmen gedenkst du zu setzen, um die von den betroffenen AnrainerInnen schon seit langem geforderte Verkehrsberuhigung in der Rudersdorfer Straße in die Wege zu leiten und die enormen Belastungen für die BewohnerInnen zu reduzieren?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Danke dir für die Frage. Du hast selbst schon gesagt, es ist ein langes Thema, das sich schon hinzieht und deswegen darf ich auch die Historie einmal kurz vor Augen führen, vor Ohren führen. Im Februar 2008 bis September 2008 gab es eine Verkehrsanalyse. 8. Juli 2008 gab es die Ergebnispräsentation der Verkehrsanalyse im Bezirksrat Puntigam, 8. August bis 12. September 2008 gab es eine Befragung der Bürger von Rudersdorf, 30. September 2008 Bürgerinformationsveranstaltung, Ergebnis der Verkehrsanalyse, Oktober 2008 Planungsworkshop I und II, Entwicklung von Maßnahmenvarianten, Jänner 2009 Abstimmung mit Gewerbetreibenden aus Rudersdorf, März 2009 Workshop III, Ergebnis der Wirkungsanalyse und Variantenentscheid, 21. April 2009 Ergebnispräsentation für die Rudersdorfer, Juni 2009 bis März 2010 trotz dem intensiven Bürgerbeteiligungsprozesses stieß die entwickelte Lösungsvariante 4-Verkehrs-Kammern-System nach der öffentlichen Ergebnispräsentation bei einigen Bevölkerungsgruppen auf massiven Widerstand, sodass eine alternative Variante Fahrverbotszone ausgenommen Anrainerverkehr, ausgearbeitet wurde. März 2010 bis November 2010 Behördenverfahren für die Fahrverbotszone ausgenommen Anrainerverkehr, im November erfolgte der negative Bescheid der Oberbehörde mit der Begründung, dass aus Verkehrssicherheitsgründen eine derartige Verordnung nicht gerechtfertigt sei. Da liegt schon die Krux drinnen, dass die Oberbehörde das

entschieden hat und nicht wir im eigenen Wirkungsbereich entscheiden können. November 2010 bis Februar 2011, Prüfung weiterer alternativer Maßnahmen, diese nochmalige Überprüfung ergibt, dass nur durch das 4-Verkehrs-Kammern-System eine so deutliche Reduktion des Verkehrsaufkommens in der Rudersdorfer Straße erzielt wird, dass ein gefahrenloses Gehen und Radfahren in der Rudersdorfer Straße möglich ist. Deshalb Entscheidungsumsetzung des 4-Verkehrs-Kammern-Systems, wie ursprünglich geplant, mit einer Evaluierung nach einem Jahr nach erfolgter Umsetzung. 30. März 2011 Bürgerinformationsveranstaltung zur Bekanntgabe der weiteren Vorgehensweise im Gebiet Rudersdorf. Sommer 2011, negatives Verhandlungsergebnis bei der straßenpolizeilichen Verhandlung für das 4-Verkehrs-Kammern-System. Wie im oben angeführten Ablauf ersichtlich, scheiterte die Umsetzung eines wirksamen Verkehrsberuhigungskonzeptes am Widerstand verschiedener Gruppen inklusive Bezirksvertretung und wurde von der zuständigen Behörde abgelehnt. Die genauen Informationen gibt es auf der Homepage der Abteilung für Verkehrsplanung.

Ich habe das deswegen so genau aufgezeigt, damit man sieht, wie viel hier schon passiert ist und wo auch die Entscheidungen stattgefunden haben. Das heißt, wir sind ja nicht nur auf unser Gebiet Graz beschränkt, sondern die Rudersdorfer Straße geht ja weit hinaus und endet also in einem anderen Gebiet, daher hat auch die Oberbehörde eine eindeutige Stellungnahme abgegeben. Wenn hier ein neuerlicher Antrag gestellt würde, weiß ich nicht, wie die Oberbehörde heute reagieren würde. Wir haben demnächst Wahl, vielleicht ist die handelnde Person, die dann zuständig ist, anderer Meinung und könnte das verändern. Von unserer Seite können wir es nicht bewerkstelligen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grossmann**: Vielen Dank für die sehr umfassende historische Darstellung des Problems, Herr Stadtrat. Wie du weiß, lösen leider auch die Nachlese solcher

historischen Entwicklungen die Probleme, die momentan vor Ort sind, nicht. Ich habe jetzt aus deiner Fragebeantwortung heraus entnommen, dass du durchaus das Problem auch als ein solches identifizierst und leite auch eine gewisse Hoffnung ab, dass du nach der Neugestaltung der Landesregierung und der Zuständigkeit auf Landesebene auch bereit bist, wieder initiativ zu werden und deshalb meine Zusatzfrage. Wirst du, sobald die Landesregierung wieder zusammentritt und einen neuen Verkehrsreferenten hat, als Verkehrsreferent der Stadt Graz gemeinsam im Interesse der Anrainerinnen und Anrainer an einer Lösung weiterarbeiten (*Applaus SPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Werde ich als Anregung gerne aufnehmen. Wie wohl ich doch immer zu bedenken geben muss, dass ein gefühltes erhöhtes Verkehrsaufkommen natürlich immer etwas Subjektives ist, also da muss man halt auch immer aufpassen. Weil ist klar, bei mir soll der Verkehr nicht fahren, ich darf überall fahren, das sind immer die schwierigen Dinge. Aber ich glaube, es geht ja gar nicht so sehr um den allgemeinen Verkehr, nicht so sehr um den Pkw-Verkehr, sondern um den Schwerverkehr und vielleicht könnte man dort einmal ansetzen. Also das ist sicherlich ein gangbarer Weg, aber versprechen kann ich nichts, das hängt natürlich von der Oberbehörde ab, aber mache ich natürlich (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, liebe Kollegen! Ich möchte ganz kurz die Gelegenheit beim Schopfe packen. Es gibt immer wieder freudige Botschaften. Das, was ich Ihnen jetzt sagen werde, ist für die Stadt Graz weniger freudige Botschaft, aber für die betroffene Person, und die betroffene Person ist hier im Raum, und deswegen möchte ich ganz kurz auf ihn eingehen, weil er nach vielen, vielen Jahrzehnten treuen Dienst bei uns in der Stadt Graz heute auch als Abteilungsvorstand seine letzte Gemeinderatssitzung mit uns gerade durchlebt, ich spreche von Herrn Dipl.-Ing. Lorber Günther, ██████ Wodurch ist er aufgefallen? Er ist

eigentlich dadurch aufgefallen, auch bei mir als Bürgermeister, dass niemand aus seiner Abteilung jemals bis zu mir gekommen ist, weil er alle Problemstellungen und Aufgabenstellungen mit seinen Mitarbeitern so gelöst hat, dass man als politischer Referent eigentlich wenig bis gar nichts zu tun hatte. Er hat immer den Blick nach vorne gehabt, hat sich eingebracht bei so vielen Projekten, die Überfliegung von Graz, einiges habe ich hier schon gesagt, aber das, was mir aufgefallen ist, jedes Mal, wenn er zu mir gekommen ist, hat er entweder wieder ein Projekt für die Zukunft vorbereitet gehabt und wir haben es alle dann im Gemeinderatssaal wohlwollend abgenickt, aber er ist auch mit anderen Dingen zu mir gekommen, wie selten jemand und ich möchte ein paar Dinge sagen. 2015 den E-Award für die Fließpfadkarte, der Sicherheitsstadtplan und das Defi-App gehen auch auf ihn mit seiner Abteilung zurück, die großartige Arbeit zum Solar-Dachflächenkataster, die wir in Graz vorbildlich gemacht haben und vieles, vieles mehr. Ich möchte auch heute offiziell mit meinen Regierungskollegen, mit allen hier im Gemeinderat vertretenen Personen und mit den Kolleginnen und Kollegen und Zuhörerinnen und Zuhörer ein aufrichtiges Danke sagen. Wir wünschen Ihnen in Ihrer sportlichen Karriere, die Sie Zeit Ihres Lebens nebenbei auch betreiben, alles, alles Gute, machen Sie weiterhin viele Reisen, vor allem in den asiatischen Raum, bleiben Sie gesund und ein Riesen-Dankeschön von Seiten der Stadt Graz (*allgemeiner Applaus*).

6) Ampelgesicherte Schutzwege Wetzelsdorfer Straße

GR. **Dreisiebner** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Es geht um die Wetzelsdorfer Straße, eine Sache, die hier schon einige Zeit immer wieder am Tablett ist und heute geht es um die

Frage der Schutzwege und der Ampelsicherung der Schutzwege. Der Bau des Geh- und Radweges wird ja nun in den nächsten Monaten in Angriff genommen beziehungsweise durchgeführt. Für die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgänger und insbesondere der Kinder ist es natürlich sehr wichtig, dass sichere Möglichkeiten zur Querung der Straße geschaffen werden, insbesondere in den viel frequentierten Bereichen Steinäckerstraße, dort ist eine Bushaltestelle, und im Bereich Brauhausstraße, da liegt im Süden der Wetzelsdorfer Straße eine größere Siedlung. Auch der Gemeinderat der Stadt Graz hat sich mit dem Thema beschäftigt und einen diesbezüglichen Antrag des Kollegen Haberler mehrheitlich angenommen, in dem ampelgesicherte Schutzwege für die Wetzelsdorfer Straße eingefordert werden.

Daher, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Wo werden im Sinne des vom Gemeinderat beschlossenen dringlichen Antrags vom Jänner 2014 im Zuge der Errichtung des Geh- und Radweges in der Wetzelsdorfer Straße ampelgesicherte Schutzwege eingerichtet (*Applaus Grüne*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, ja, man kann sagen, was lange währt, wird endlich gut sozusagen. Endlich geht es los. Wie du weißt, war es ja auch notwendig, dass das Land, weil es ja eine Landesstraße ist, das Ganze vorzubereiten. Ich habe die Auskunft von der Abteilung für Verkehrsplanung erhalten, dass mit dem Bau des Geh- und Radweges Wetzelsdorfer Straße im Bereich der Bushaltestelle Steinäckerstraße auch eine Fußgängerquerung möglich ist. Dort wird auch eine Ampelanlage errichtet werden, weil die Anzahl, also die Fußgängerfrequenz, dementsprechend hoch ist, also das ist einmal der erste Fixpunkt, und im Zuge der Bustrasse Richtung Zeugamtsweg, das ist dann in Form in der Ausarbeitung des

gesamten Areal Reininghaus, wird auch dort eine Verkehrslichtanlage mit Fußgängerquerung vorgesehen und umgesetzt werden. Das sind die zwei fixen Punkte, die wir umsetzen werden in der Wetzelsdorfer Straße (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Vielen Dank für die Auskunft, lieber Herr Stadtrat. Eine Nachfrage noch dazu, zu dem grundsätzlich Positiven. Das passiert jetzt im Zuge der Umsetzung des Geh- und Radwegbaus? Danke.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ja.

7) FuZo Schmiedgasse – Erweiterung

GR. **Rajakovics** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Rajakovics**: Ich darf auch fragen. Es gibt jetzt, nachdem, es liegt auf der Hand, dass man jetzt darüber reden, weil ja gerade der Umbau auch und die Sanierung vom Stefaniensaal, das Casino baut neu und hat Pläne auch für das Lokal. Die Schmiedgasse, also die Verlängerung der Schmiedgasse Fußgängerzone bis zum Hauptplatz allfällige Verlegung Taxistandplatz, steht schon länger im Raum. Meine Frage war jetzt, wie du dazu stehst und wenn du in der Richtung etwas tun möchtest, wie die Pläne oder der Fahrplan dazu ausschauen.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Wichtige Frage, wichtiges Projekt. Stehe dem natürlich positiv gegenüber, es wäre ein schöner Lückenschluss des Fußgängerzonen-Bereichs. Ich gebe natürlich zu bedenken, die Problemstellungen, die wir haben, was ist mit den Taxis, du hast es schon gesagt, was ist mit den Rad- und mit den Motorradabstellplätzen, die wir ja geschaffen haben. Das Ganze bedarf natürlich einer genauen Überprüfung beziehungsweise Umsiedlung und diese Umsiedlung ist für mich erst dann möglich, wenn wir den Andreas-Hofer-Platz in der Form neu gestaltet haben, dort auch neue Möglichkeiten schaffen, um hier vom innerstädtischen Bereich abzurücken und das dann dort vorsehen. Wenn das der Fall ist, dann können wir auch diese Umsetzung durchführen. Davor ist es aus meiner Sicht nicht machbar (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Wäre es denkbar, dass man die Einbahn, die jetzt hereinführt über die Landhausgasse, dass man die wieder aufhebt, sodass man die Taxis allenfalls in der Landhausgasse aufstellt und dadurch dort zwei Straßen hin und her hat, dass man automatisch zu einer Verkehrsberuhigung kommt für diesen inneren Bereich?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Kann ich gerne mitnehmen und überprüfen lassen. Aus der jetzigen Sicht kommt es mir nicht günstig vor, weil es ist ja bewusst eingeführt worden auch aus Sicherheitsgründen. Also ich glaube, dass da der Sicherheitsaspekt überwiegt, aber ich kann es gerne mitnehmen und einmal überprüfen lassen, mache ich.

8) Anlaufstelle zur individuellen Förderung für Schulveranstaltungen

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Stadtrat! Wie Sie wissen, bemühen wir uns seit 2013 um die Lösung eines Problems, das in Schulen immer wieder zu finden ist, es geht um Eltern für die gewisse Schulveranstaltungen eine enorme Belastung darstellen, die sich aber scheuen, die möglichen Förderungen an der Schule in Anspruch zu nehmen. Daher mein Vorschlag, der schon 2013 deinem werten Vorgänger, lieber Herr Stadtrat von uns unterbreitet wurde, eine neutrale Anlaufstelle im Magistrat zu errichten, wo die Eltern, die Erziehungsberechtigten unter Vorlage des Einkommensnachweises, das ist selbstverständlich, problemlos, unbürokratisch und rasch Unterstützung finden können. Ich durfte diese Bitte, diesen Wunsch im Herbst 2014 dir persönlich unterbreiten und du hast damals gesagt, bis zum Ende des Semesters, das lässt sich machen, das wirst du einrichten. Jetzt habe ich lange nichts gehört und komme jetzt zu meiner Frage, die ich nicht stellen werde, denn vor zwei Tagen am Dienstagnachmittag habe ich die neuesten Neuigkeiten aus deinem Büro erfahren dürfen und die Frage, wann es zu dieser Anlaufstelle kommen wird, ist hiermit obsolet, das ist natürlich eine sehr erfreuliche Nachricht für alle, die diese Förderungen, Unterstützungen in Anspruch nehmen dürfen. Ich glaube, das ist ein sehr, sehr wichtiger und toller Schritt gewesen, den du mit deinem Amt hier aufgrund unserer Bitte setzt und damit ich da nicht ganz umsonst stehe und hiermit zum dritten Mal in dieser Sache vorstellig werde...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Fabisch**: Na, es ist ja unglaublich, wer hätte das vor wenigen Jahren noch gedacht. Graz darf alles. Aber eine Frage natürlich muss ich stellen, du kennst sie bereits. Welche Schritte sind nun nötig, um in den Genuss einer Unterstützung für Schulveranstaltungen durch die Stadt Graz zu kommen? Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Lieber Andreas! Du hast es eigentlich eh alles schon beantwortet. Es ist für mich auch ganz klar und schon immer ein Anliegen gewesen, dass alle Schülerinnen und Schüler, egal ob sie aus einer einkommensstarken oder -schwachen Familie kommen, an schulbezogenen Veranstaltungen teilnehmen können. Bisher hat die Stadt Graz das Ganze mit zwei Schienen sichergestellt, einmal gibt es an vielen Schulen einen Elternverein, der hier unterstützt hat und zum anderen hat es auch die Möglichkeit gegeben, bei entsprechendem Nachweis auch auf schulautonome Mittel zurückzugreifen, also diese zwei Schienen habe ich dir auch immer wieder aufgezeigt bei deinen letzten Fragen und mich freut es wirklich ganz besonders, dass die Abteilung für Bildung und Integration jetzt eine weitere Schiene eingerichtet hat. Und zwar haben wir bereits auf unserer Homepage ein Formular zum Herunterladen, wo man auch ganz zentral in unserer Abteilung bereits mit dem entsprechenden Nachweis Mittel beantragen kann. Es gibt dieses Formular, wenn das ausgefüllt ist, geht dieses Formular an die Schule, das muss natürlich auch noch sein, um zu gewährleisten, dass es keine Doppelförderung gibt und wenn der Direktor das auch goutiert, kommt es zu einer Auszahlung, das gibt es bereits jetzt und ein weiterer Schritt ist geplant. Wie ich dir auch im letzten Bildungsausschuss schon erzählt habe, planen wir, ab September eine Bildungsservicestelle in der Keesgasse einzurichten. Unser Abteilungsvorstand Fürntrath ist auch hier, der ist gerade dabei, die Räume und das Personal sicherzustellen, wir wollen alle Bildungsservices der Stadt Graz aus einer

Hand anbieten und wenn wir im September diese Stelle eingerichtet haben, dann kann man das auch wirklich analog dort beantragen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Wenn es eine Antwort gibt, das wäre sehr nett, aber wichtig ist einmal, dass hier auch einmal der Dank ausgesprochen wird für diese rasche und zuverlässige Umsetzung. Viele Politiker versprechen gerne, hier muss ich sagen, ist das, was versprochen wurde, auch eingehalten worden. Ich möchte sagen punktgenau und ich bedanke mich im Namen aller Betroffenen. Dankeschön (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

9) Gender-Medizin

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA stellt an StR.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadträtin, liebe Lisa! In meiner Frage geht es um Gender-Medizin und Gender-Medizin beschäftigt sich ja mit den geschlechtsspezifischen Unterschieden zwischen Mann und Frau im medizinischen Bereich und wir wissen alle, dass die Medizin viele Jahre vom Normmodell Mann ausgegangen ist und zeitweise dies auch heute noch tut. Umso wichtiger ist es, dass man die Information an die betroffenen Stellen, an die Frauen, aber auch Männer, bringt und wenn diese geschlechtsspezifischen Unterschiede nicht berücksichtigt werden und nicht erkannt werden, kommt es immer wieder zu fatalen Folgen, so zum Beispiel auch beim Herzinfarkt. Ich glaube, es ist fast allen bekannt, dass Frauen doppelt so häufig am Herzinfarkt versterben als Männer und zwar hat das diesen Grund, dass Symptome anders bei Frauen verlaufen, dass Krankheitsverläufe generell anders sind und dadurch der Herzinfarkt nicht oder zu spät erkannt wird. Das ist eben ganz, ganz wesentlich, dass diese Informationen besser vernetzt werden,

besser weitergeleitet werden, um auch das Empowerment der betroffenen Menschen zu stärken.

Deshalb meine

F r a g e

an dich, liebe Stadträtin: Welche Maßnahmen planst du von deiner Seite, um die Informationen über Gender-Medizin den Frauen besser bekanntzumachen (*Applaus SPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Liebe Frau Gemeinderätin, danke für die Frage. Gerne antworte ich dir darauf. Zuerst einmal generell, wenn es um Information über Medizin und Gesundheit geht, ist es vermehrt der Auftrag auch an die öffentliche Hand, prinzipiell zu überlegen, an welche Zielgruppen welche Information wie herangetragen wird, das heißt, welche Information von öffentlicher Seite an welche Zielgruppe herangeht, da gibt es unterschiedliche Zielgruppen und dazu gehört natürlich noch einmal das Hintergrundwissen. Wenn du Gender-Medizin beschreibst, beschreibst du einen wissenschaftlichen Zugang, zu dem es inzwischen, wie du auch beschreibst, entsprechende Forschungen und Hintergründe gibt, leider in der Ausbildung der Mediziner/Medizinerinnen noch relativ wenig verankert ist. Es ist so, dass in Innsbruck ein Schwerpunkt gesetzt wird, dass es in Wien inzwischen einen Studiengang gibt, aber das in der allgemeinen MedizinerInnenbildung das noch nicht verankert ist. Das ist einmal so der wissenschaftliche Hintergrund, dass leider zwar die Studien da sind und die Informationen da sind, aber noch nicht in der Ausbildung des medizinischen Personals, dass auch tatsächlich darauf Rücksicht genommen wird. Weiters werden von unterschiedlichen Organisationen, auch die Uni-Graz hat einen Schwerpunkt im Bereich Public-Maßnahmen in dem Bereich zwar kommuniziert und wie du weißt, ist

auch das Frauengesundheitszentrum, das ja auch von meiner Seite übrigens weiterhin auch in vollem Ausmaß gefördert wird wie bisher, im Gegensatz zur sozialdemokratischen Frauenstadträtin, die dort leider ja die Förderungen gekürzt hat, wird auch von dort stattfinden. Wir sind darüber hinaus gerade bei zwei Projekten am Prüfen, wie weit noch spezifischer auf Migrantinnen in einem Fall, also wo es um Frauen aus dem migrantischen/muslimischen Background geht und ihre Gesundheitsbedürfnisse und auf den Informationsbedarf eingegangen wird mit „Gesundes Österreich“ und ein zweites Projekt, wo ich eh auch mit der Frauenstadträtin in Kooperation plane vorzugehen, ist, ist auch in Prüfung, wo es vor allem darum geht rund um das Thema Schwangerschaft beziehungsweise, was in der Zeit danach ist, spezifisch Frauen- und Männerbedürfnisse stärker herauszuarbeiten und dort auch auf die Zielgruppen zuzugehen, die wir jetzt nicht erreichen mit dem umfassenden Angebot unter dem Titel „Frühe Hilfen“, was dir sicher auch ein Begriff ist. Auch dort wird der Genderaspekt eine große Rolle spielen, weil wir auch hier wissen, neben der demographischen Fragestellung natürlich, dass hier manche Gruppen noch nicht erreicht werden und spezifische Voraussetzungen gegeben sind. Wenn bei der Verbreitung des Wissens über Gender-Medizin, wie du es beschreibst als wissenschaftlichen Zugang, sehe ich nicht so als erste Aufgabe der Stadt, wichtig ist, dass wir bei der Information niederschwelliger werden und spezifischer werden ist gar keine Frage. Über Gender-Medizin an und für sich sehe ich sehr wohl den Auftrag an die wissenschaftlichen Einrichtungen, auch da eben endlich auch in die Breite zu gehen und bei den Ausbildungen voranzugehen, das werde ich auch gerne weitertragen.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Liebe Lisa, ich gebe dir absolut Recht, in der Ausbildung der Mediziner fehlt Gender-Medizin absolut. Allerdings, wenn du das Frauenzentrum ansprichst, in der Budgetierung unserer Frauenstadträtin ist es so, dass der größte Teil, der größte Budgetbrocken im Frauengesundheitszentrum liegt, das möchte ich schon

betonen, weil uns das wichtig ist. Aber ich habe da jetzt bei meiner Fragestellung, vielleicht habe ich es schlecht formuliert, nicht gemeint den wissenschaftlichen Bereich, sondern es geht um niederschwellige Information, wo ich schon die Aufgabe bei der Stadt und beim Gesundheitsamt sehe. Nicht nur im Sinne der Gender-Medizin wissenschaftlich, wie du mich scheinbar verstanden hast, sondern auch im Hinblick, wie wirken Medikamente, Gender-Pharmazie, da geht es auch darum, wie wirkt ein Medikament bei einer Frau, das kann eine ganz konträre Wirkung haben als bei einem Mann. Ich nenne nur als Beispiel Aspirin. Die Wirkung ist anders, es ist der Abbauprozess ein anderer, es ist die Aufnahme eine andere und das sind Informationen, weil Aspirin ein Medikament ist, das kann jeder ohne ärztliche Verschreibung bekommen. Da finde ich schon einen Handlungsbedarf, dass man diese Information vermehrt an die Frau, aber auch an den Mann bringt (*Applaus SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Da können wir gerne noch weiterdiskutieren. Wo ich einen Anknüpfungspunkt sehe, wenn es jetzt wirklich um die Information über Medikamente geht, dann sehe ich den noch am ehesten bei der Fragestellung KonsumentInnenschutz, dass man sozusagen KonsumentInnen informiert, aber ich denke, über medizinische Mittel zu informieren von Seiten des Gesundheitsamtes, ich weiß nicht, ob ich dort als Erstes nachschauen würde. Wenn mir jetzt ein Medikament verschrieben wird, dann ist doch die erste Ansprechpartnerin die Apotheke beziehungsweise auch der Arzt/die Ärztin und ich sehe nicht so sehr das Gesundheitsamt da als die Anlaufstelle, natürlich sollte bei uns klar sein, wo man solche Informationen fundiert bekommt. Gar keine Frage...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Haas-Wippel unverständlich.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ja, das Wissen, dass es da ist, dass es da unterschiedliche Wirkungen gibt, ist klar und das können wir gerne noch vertiefen, wie man da zu einer besseren... aber wir werden nicht über Medikamente informieren, weil das nicht unsere Rolle sein kann (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Weil wir gerade jetzt eine Frage hatten, die mit Gender-Medizin zu tun hat, darf ich auch eine freudige Mitteilung machen. Unsere Kollegin im Gemeinderat, Frau Gemeinderätin Astrid Schleicher, ist am 3. Februar Mama geworden von einem glücklichen Sohn Peter. Alles Gute, herzlichen Glückwunsch für Mama, Papa und dem Junior (*allgemeiner Applaus*).

10) Bewerbung der Biobauern-Märkte durch die Stadt Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! In meiner Frage geht es um die Möglichkeit, Informationen über die Grazer Biobauern-Märkte auf der Web-Site der Stadt Graz zu veröffentlichen. Es ist so, dass Sie hier auf der Website der Stadt und damit auch auf der Website von Graz-Tourismus Informationen zu den landwirtschaftlichen Märkten, Bauernmärkten, Kaiser-Josef-Platz, Lendplatz, in St. Peter, in der Triester Siedlung usw. finden. Aber es gibt in Graz drei Biobauern-Märkte, einen in Alt-Grottenhof, einen vor der Herz-Jesu-Kirche, also in St. Leonhard, und einen beim Grazer City-Park und die finden eben auf der Web-Site keine Erwähnung. Jetzt ist es aber so, dass die Nachfrage

nach biologischen Produkten laufend steigt und ich glaube, dass sich viele Grazerinnen und Grazer sehr freuen würden, wenn sie auch Informationen zu den Biomärkten auf der Web-Site der Stadt vorfinden würden.

Daher folgende

F r a g e

an dich, lieber Gerhard. Bist du bereit, dafür zu sorgen, dass die Grazer Biobauern-Märkte genauso wie alle anderen Grazer Bauernmärkte auf den Web-Sites der Stadt Graz und von Graz Tourismus veröffentlicht werden (*Applaus Grüne*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich bin voll dafür. Aber ich kann es nicht umsetzen, weil ich bin nicht zuständig (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Es gibt eine Anmerkung von mir, weil wir nämlich uns im Vorfeld schon ausgetauscht haben und der Herr Stadtrat hat mir auch schon zugesagt, dass das möglich sein sollte auf der Web-Site und ich solle mich an die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz wenden und das werde ich tun und ich glaube auch, dass das vom Herrn Bürgermeister entsprechende Unterstützung finden wird, dass auch diese drei Märkte in Zukunft auf der Web-Site zu finden sind. Danke (*Applaus Grüne*).

11) Erweiterung der Abstellplätze für motorisierte einspurige Kraftfahrzeuge

GR. Dr. **Hofer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dr. **Hofer**: Werter Herr Stadtrat, jetzt habe ich das Problem, dass ich die Antwort schon habe. Wir haben 2013 bereits darüber gesprochen, die einspurigen Parkplätze beziehungsweise eine Trennung für motorisierte einspurige Fahrzeuge und Fahrradabstellplätze konnte letztes Jahr ja erfreulicherweise umgesetzt werden und begonnen werden. Allerdings muss man auch sagen, dass, wenn man sich das letztes Jahr angesehen hat, durchaus zum Schluss kommen muss, dass der Bedarf ein sehr großer ist und die Abstellplätze hier vielleicht auch noch zu wenig waren und auch jetzt schon im März, wo eigentlich noch nicht jeder sein einspuriges motorisiertes Fahrzeug ausgewintert hat, sehr viele Parkplätze schon voll sind beziehungsweise die Baustelle vor dem Casino ja auch die Parkplätze schon weggenommen hat, am Bischofplatz eigentlich schon sehr, sehr viele stehen und dann auch wieder ausweichen auf andere Parkplätze. Gemeinderat Pacanda, der heute leider krank ist, der auch zu diesem Thema in dieser Gemeinderatssitzung sprechen wollte, hat dazu letztes Jahr im Februar einen dringlichen Antrag eingebracht.

Damit darf ich die

F r a g e

stellen: Ist für den Sommer 2015 eine Erweiterung der Abstellplätze für motorisierte einspurige Fahrzeuge geplant beziehungsweise auch wo diese geplant werden könnten?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Philipp, danke, jetzt bringen wir es in die Öffentlichkeit, was wir vorher schon besprochen haben. Ja selbstverständlich, also die Analyse ist

vollkommen richtig, das Schöne ist, dass dieses Pilotprojekt, das wir letztes Jahr umgesetzt haben, wirklich erfolgreich war, also wir haben gesehen, dass der Bedarf da ist, dass die Nachfrage da ist und wir haben im letzten Jahr, wo wir begonnen hatten mit der Umsetzung, mit der Schaffung dieser Flächen, relativ schnell gesehen, dass die zu wenig waren und haben dann sehr schnell reagiert und haben zusätzliche Flächen geschaffen. Also es war im Vorjahr nicht mehr notwendig, zusätzliche zu schaffen, wir sind mit den vorhandenen Flächen ausgekommen. Es kann sein, dass sich das heuer verändert. Der Winter war ein milder, deswegen wurden die einspurigen Motorisierten auch dementsprechend genutzt, das ist richtig, also das werden wir auch für die Zukunft uns anschauen, ob wir da nicht einfach schon im Vorfeld mehr belassen, weil wie du weißt oder wie Sie vielleicht wissen, haben wir ja eines gemacht, dass wir für die warmen Jahreszeiten Pkw-Abstellplätze umfunktioniert haben, die wir dann für die Wintermonate wieder als Pkw-Abstellfläche zur Verfügung gestellt haben. Vielleicht müssen wir da einfach mehr belassen. Ich darf aber natürlich hinweisen darauf, dass man immer natürlich mit Augenmaß agieren muss. Bewohner brauchen Parkplätze, die Wirtschaft braucht Parkplätze, also da müssen wir einen guten Weg finden. Aber konkret auf deine Frage auch, was jetzt an Maßnahmen stattfindet, eben Congress-Umbau etc., da ist das Parkraumservice schon mit dem Straßenamt dran, hier Ersatz zu schaffen, das wird demnächst umgesetzt, des Weiteren wird die Arge Parkraum im Mai auch eine Sonderüberprüfung durchführen, wo der Bedarf da ist, wir haben es ja leicht, wir können mit dem Parkraumservice mit den Mitarbeitern dort auch die Überprüfungen durchführen, stellen relativ schnell fest, wo gibt es Bedarf und können dann danach handeln, also diese Maßnahmen werden getätigt und danach werden auch die notwendigen Umsetzungen erfolgen (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Hofer**: Klingt natürlich sehr gut, bedanke mich auch dafür. Als Zusatzfrage vielleicht, nachdem es, wie du auch schon gesagt hast, bereits im März durch den

milden Winter schon sehr viel Bedarf gibt, glaube ich, ist es sehr wichtig, dass man das kurzfristig umsetzt und schnell umsetzt und nicht so lange evaluiert, bis man dann quasi die neuen Parkplätze schafft beziehungsweise ist dann jetzt meine Zusatzfrage: Kannst du dir vorstellen, das eben möglichst schnell zu machen und möglichst flexibel zu gestalten beziehungsweise auch das der Öffentlichkeit und dementsprechend bemerkbar machen über Medienberichte oder Aussendungen, dass die Nutzer dieser Parkplätze auch wissen, wo es neue Parkplätze gibt.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Zum einen, es ist natürlich, muss man auch bedenken, deswegen ist das Parkraumservice so wichtig, weil die den ganzen Tag diese Abstellflächen unter Beobachtung haben. Oftmals ist es eine Momentan-Aufnahme, dass vielleicht dort hier erhöhtes Aufkommen war, aber nicht über den ganzen Tag, also das muss man berücksichtigen und zum Zweiten hast du ja, wenn es vom Straßenamt verordnet wird, einen rechtlichen Vollzug, das heißt, da gibt es einen Beschluss, eine Verordnung und dann gibt es natürlich auch Fristen. Deswegen dauert es halt leider Gottes dort und da auch länger, als wir es gerne hätten. Ich bin selber der, der ungeduldig ist, aber es sind halt leider da die Rechtsvorschriften einzuhalten, aber wie ich dir versprochen habe, das wird angegangen und wird auch umgesetzt dort, wo wir es brauchen (*Applaus FPÖ*).